

## IN KÜRZE

**Einbürgerung durch Legislative**

(sda) · Einbürgerungen verbleiben im Tessin in der Zuständigkeit der Legislative. Der Tessiner Grosse Rat hat mit 63 gegen 15 Stimmen eine parlamentarische Initiative der SP abgelehnt, die die Entscheidungsgewalt vom Parlament auf die Exekutive übertragen wollte. Über das Gemeindebürgerrecht wird demnach weiterhin der Gemeinderat bestimmen; für das Kantonsbürgerrecht bleibt der Grosse Rat zuständig. Aus Sicht der Sozialdemokraten bedeutet die heutige Regelung, dass zu viel persönliche Daten der Einbürgerungskandidaten preisgegeben werden. Die Gegner der Initiative argumentierten dagegen mit der Transparenz, die das derzeitige Verfahren schafft.

**Rassismus auf SVP-Site bestraft**

(sda) · Rassendiskriminierende Slogans auf der Homepage der SVP Widen haben strafrechtliche Konsequenzen. Die Staatsanwaltschaft Baden hat den Präsidenten und ein Vorstandsmitglied der Lokalpartei zu bedingten Geldstrafen von je 30 Tagessätzen à 100 beziehungsweise à 80 Franken verurteilt. Eine weitere Person wurde wegen Gefährdung zu einer bedingten Geldstrafe von 15 Tagessätzen à 30 Franken verurteilt. Die Strafbefehle sind noch nicht rechtskräftig. Die Sprüche sind rund ein halbes Jahr aufgeschaltet gewesen. Nachdem «20 Minuten» darüber berichtet hatte, verschwanden die Aussagen umgehend von der Internet-Seite.

**Rückgang des Feinstaubs**

(sda) · Der Bund erwartet einen Rückgang der Luftverschmutzung durch Feinstaub um 15 Prozent bis 2020. Dies zeigt eine Studie des Bundesamts für Umwelt (Bafu). Die mittlere Belastung durch Feinstaub ist in der Schweiz seit den 1990er Jahren rückläufig. Dies sei einer Reihe von Massnahmen zur Verbesserung der Luftqualität zu verdanken, heisst es in einer Mitteilung des Bafu. Die Werte werden an über 60 Messstationen gemessen.

**Dichter Fahrplan bringt Passagiere**

(sda) · Wenn die Postauto Schweiz AG das Angebot im Fahrplan um 7,5 Prozent vergrössert, steigt die Zahl der Fahrgäste um knapp 15 Prozent. Zu diesem Schluss kommt eine Studie der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne, die 147 Linien in der Ostschweiz, der Nordwestschweiz und im Wallis untersuchte. Das grösste Potenzial weisen Linien auf, die an Rändern von Agglomerationen verkehren. Besonders wenn das Postauto-Angebot mit dem (S-)Bahn-Angebot vertaktet wird, besteht grosses Wachstumspotenzial. Die Postauto Schweiz AG will die Ergebnisse der Studie für die Optimierung ausgewählter Linien und die zukünftige Angebotsplanung nutzen.

**Obwaldner Regierung zu Asylzentrum**

(sda) · Das vom Bund geplante Zentrum für Asylsuchende im Truppenlager in Alpnach stösst bei der Bevölkerung auf Widerstand. Die Obwaldner Regierung schlägt deshalb einen anderen Standort vor: das Flugplatz-Areal in Alpnach. Im Truppenlager Kleine Schliere sollen ab Juni während dreier Jahre höchstens hundert Asylbewerber untergebracht werden. Die Regierung wendet ein, der Standort befinde sich nahe am Dorfkern, in einem Wohngebiet und in der Nähe einer Schule.

**Von Steiger bleibt Ehrenbürger**

(sda) · Bundesrat Eduard von Steiger (1881–1962) bleibt Ehrenbürger von Langnau im Emmental. Der Gemeinderat hat es abgelehnt, ihm die Ehre abzuerkennen, wie es die Juso wegen von Steigers Rolle in der Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkriegs gefordert hatten. Dem gebürtigen Langnauer und dessen Frau hatte die Gemeindeversammlung im Juni 1944 einstimmig das Ehrenbürgerrecht verliehen. Der Gemeinderat hält fest, er könne und wolle den damaligen Entscheidungsträgern die Verantwortung nicht abnehmen; er verachte aber, sich dafür einzusetzen, dass aus Fehlern der Vergangenheit Lehren gezogen würden.

# Kanton Zug bremst das Wachstum

*Neuer Richtplan soll die Siedlungsfläche begrenzen*

Im Jahr 2030 soll der Kanton Zug 135 000 Einwohner zählen. Dieses Ziel setzt der Regierungsrat in seinem neuen Richtplan. Er bremst damit das Wachstum im Steuerparadies deutlich.

*Erich Aschwanden, Zug*

Zug und Schwyz haben – nicht zuletzt dank ihrer Steuerpolitik – in den letzten Jahrzehnten von einem stärkeren Wachstum profitiert als die meisten anderen Kantone. Umso mehr sorgen der Zuger Landammann Beat Villiger und der Schwyzer Regierungsrat Othmar Reichmuth für Aufsehen, als sie vor kurzem diesen Trend kritisierten. Die beiden CVP-Politiker wiesen in deutlichen Worten auf die negativen Folgen dieser Entwicklung hin wie exorbitanter Landverschleiss, Identitätsverlust der Bevölkerung oder für normale Bürger unbezahlbare Mieten. Solch mahnende Worte hörte man bisher vor allem von linken Politikern.

**Rotkreuz wächst weiter**

Der bürgerlich dominierte Zuger Regierungsrat lässt den Worten nun Taten folgen. Im neuen Richtplan tritt er deutlich auf die Wachstumsbremse. Sollte der Kanton Zug gemäss den bisherigen Vorstellungen bis 2020 auf 127 000 Einwohner wachsen, liegt der neue Zielwert bei 124 000 Personen. Bis 2030 soll die Bevölkerung nur noch um 11 000 statt um 22 000 Personen wachsen. «Mit diesen Zielvorgaben klemmen wir das Wachstum nicht ab, doch wir lenken es

in geordnete Bahnen», erklärte Baudirektor Heinz Tännler (svp.) am Montag bei der Vorstellung des Richtplans, der vor den Sommerferien vom Parlament verabschiedet werden soll.

Nimmt man die Bauzonenfläche pro Einwohner als entscheidende Kennzahl, so ist Zug bereits heute hinter Basel-Stadt und Genf der drittstädtischste Kanton der Schweiz. Diesem Umstand trägt die Regierung Rechnung, indem die Bevölkerung vor allem in den Zentrumsgemeinden Zug, Baar und Cham weiterwachsen soll. Der Richtplan bezeichnet hier neu Gebiete



für verdichtetes Bauen mit einer hohen Ausnutzungsziffer. Das stärkste Wachstum, nämlich von 9085 Einwohner im Jahr 2010 auf 12 500 Einwohner im Jahr 2030, ist allerdings für die Gemeinde Risch vorgesehen. Auf dem Gebiet von Risch liegt nämlich der Ort Rotkreuz, wo Roche Diagnostics International

AG und Novartis Schweiz ihren Hauptsitz haben und sich zahlreiche weitere Firmen aus dem Life-Science-Bereich angesiedelt haben.

**Bezahlbarer Wohnraum**

Erreicht werden soll dieses begrenzte Wachstum im Kanton ohne weitere substanzielle Einzonungen. Neu zu Bauzonen werden sollen maximal 7 bis 10 Hektaren. Im bestehenden Siedlungsgebiet sind rund 16 Prozent der Flächen noch nicht überbaut. Die bereits gültigen Begrenzungslinien sollen nicht angetastet werden, so dass die Gemeinden nicht zusammenwachsen und kein einheitlicher Siedlungsraum entsteht.

Am heftigsten umstritten waren im Mitwirkungsverfahren die Bestimmungen zum bezahlbaren Wohnraum. Während bürgerliche Exponenten die Meinung vertraten, der Staat solle sich völlig heraushalten, verlangten Vertreter linker Parteien und von Mietern, der Kanton müsse sich explizit für günstigen Wohnraum engagieren.

Als Kompromiss wurde im Richtplan ein neues Kapitel eingefügt. Es fordert Kanton und Gemeinden auf, die Schaffung von Wohnraum zu tragbaren finanziellen Bedingungen zu fördern und zu unterstützen. Es sei für Zug sehr wichtig, dass die soziale Durchmischung erhalten bleibe und nicht nur hochgebildete, international ausgerichtete Leute hier wohnten, erklärte Tännler. Die Zuger Regierung tut gut daran, sich präventiv Überlegungen in dieser Richtung zu machen. In den Städten Zürich und Luzern wurden bereits Volksinitiativen angenommen, welche dieses Anliegen aufnahmen.

## Ausländerpolitik als grösstes Problem

*Resultate einer Umfrage*

(sda) · Das grösste Problem der Schweiz ist die Ausländer- und Asylpolitik. Das ist das Resultat einer Online-Umfrage der Organisation Vimentis. 34 Prozent der Befragten gaben an, dass in diesem Bereich der grösste Handlungsbedarf besteht. Aus Sicht der Befragten liegen alle anderen Probleme weit zurück.

Bei der ungleichen Einkommensverteilung sehen nur noch 9 Prozent der Befragten den höchsten Handlungsbedarf. Im vergangenen Jahr belegte dieses Thema mit 24 Prozent den Spitzenplatz. Die Energiepolitik, das Gesundheitswesen und die Kriminalität nannten je 7 Prozent.

Zu den einzelnen Politikbereichen wurden auch konkrete Massnahmen zur Debatte gestellt. Nach wie vor tabu ist die Kürzung der AHV-Renten. 88 Prozent sprechen sich dagegen aus. Trotz den finanziellen Unsicherheiten glauben 40 Prozent der Befragten, ihre Rente sei sicher. 2011 waren es noch 33 Prozent gewesen. Allerdings sind junge Menschen pessimistischer: Nur 14 Prozent der 25 bis 34-Jährigen glauben, dass ihre Renten sicher seien. Weiter zeigt die Umfrage, dass sich eine grosse Mehrheit (74 Prozent) bereit erklärt, ihren Energiekonsum zu reduzieren.

Bei einer Volkswahl des Bundesrates würde Johann Schneider-Ammann nicht mehr wiedergewählt. Nur 23 Prozent der Befragten sprachen sich für den Wirtschaftsminister aus. An seiner Stelle würde die Aargauer SP-Ständerätin Pascale Bruderer gewählt.

Vimentis versteht sich als politisch neutrale Plattform zur Information und Diskussion über politische Themen. Bei der Befragung haben 19 364 Schweizer teilgenommen. Da die Teilnehmer nicht zufällig ausgewählt werden, ergeben die Antworten kein Gesamtbild der Bevölkerung. Zwar gewichtete Vimentis die Antworten so, dass sie bezüglich Geschlecht, Alter, Kanton und Bildung repräsentativ sind. Ob die Unsicherheit höher ausfällt als bei so genannt randomisierten Umfragen, ist aber umstritten.

## Schaffhausen will sparen

*Kantonsrat für Entlastungspaket, Initiative für Steuersenkung*

Auch der Kanton Schaffhausen muss sparen. Der Kantonsrat hat vorerst ein Paket von rund 25 Millionen Franken geschnürt. Eine Steuersenkungsinitiative, die am 3. März vors Volk kommt, liegt deshalb quer zur finanzpolitischen Landschaft.

*Jörg Krummenacher, Schaffhausen*

Schaffhausens Steuerpolitik des letzten Jahrzehnts gilt als klug und erfolgreich. Neue Unternehmen konnten angesiedelt werden, die Bevölkerungszahl wächst wieder. Um Steuererhöhungen zu vermeiden, sieht sich Schaffhausen nun aber wie diverse andere Kantone gezwungen, den Staatshaushalt zu entlasten. Das entsprechende Paket hat einen Umfang von 25 bis 27 Millionen Franken. Über 74 Massnahmen konnte die Regierung in eigener Kompetenz entscheiden, am Montag befasste sich der Kantonsrat im Grundsatz mit den sechs verbleibenden Gesetzesänderungen, über die er das Sagen hat.

**Weniger Geld für die Kirche**

Nach ausgiebiger und kontroverser Debatte einigte er sich auf das Sparprogramm, die Detailberatung erfolgt allerdings erst an der nächsten Sitzung vom 4. März. Ein Antrag der Alternativen Liste auf Nichteintreten scheiterte mit 8 zu 38 Stimmen, ein Rückweisungsantrag der SP mit 21 zu 29 Stimmen. Die umstrittensten Teilbereiche betreffen Kirche und Schule.

Die Regierung möchte die bisherigen Beiträge an die Landeskirchen von 4,1 Millionen Franken um eine Million kürzen, nicht zuletzt, weil die von den Landeskirchen angebotenen Leistungen aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklungen zurückgegangen seien. Getürzt werden sollen auch die Beiträge an die Musikschulen. Chancenlos dürfte die von der Regierung angestrebte Streichung von vier Klassen an der

## APROPOS

## Achtung, Pfeife!

*Christophe Büchi* · Der Psychologe Jean Piaget, 1896 in Neuenburg geboren und 1980 in Genf gestorben, hat ein Forscherleben lang die Entstehung des menschlichen Denkens beim Kind ergründet. Obwohl seine Erkenntnisse, wie das ja sein muss, nicht unbestritten sind, gilt Piaget als ein bahnbrechender Denker. Kein Wunder, dass die Neuenburger Schulbehörden ein kantonales Gymnasium nach diesem Mann benannt haben – eine Ehre, die auch den ebenfalls aus dem Kanton Neuenburg stammenden Schriftstellern Blaise Cendrars und Denis de Rougemont zuteil geworden ist.

Nur: Piaget hatte auch seine schwachen und (allzu?) menschlichen Seiten. Und zwar auch eine ganz schlimme, nämlich: Er rauchte Pfeife. Und weil die Pfeife fast so zu Piaget gehörte wie die herausgestreckte Zunge zu Einstein, sind die Konturen des ominösen Raucherutensils auf dem Logo des Lycée Jean-Piaget zu sehen.

Daran hat nun der Vater eines Schülers Anstoss genommen. Seit längerer Zeit versucht er, die Schulbehörden zu veranlassen, dass sie das Corpus Delicti aus dem Logo entfernen. Denn dieses Bild laufe der Tabakprävention diametral entgegen, sagt er. Beim Schuldirektor ist er aber bisher auf Granit gestossen. Eine «Korrektur» des Bildes wäre Geschichtsrevisionismus, kontert dieser.

Es ist zu hoffen, dass die Behörden dem grossen Piaget nicht noch post mortem das Rauchen verbieten. Und dem Kläger wäre vielleicht diese tiefe Weisheit in Erinnerung zu rufen: Es ist immer noch besser, eine Pfeife zu haben, als eine zu sein.

## Zwei geplante Steuerabkommen

*Gespräche mit Liechtenstein*

G. M. · Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf traf sich am Montag mit dem liechtensteinischen Regierungschef Klaus Tschütscher in Vaduz zu einem Arbeitsgespräch, in welchem nach einer Mitteilung der Regierungskommunikation auch Steuerfragen ein Thema waren. Widmer-Schlumpf und Tschütscher hätten den Willen beider Staaten bekräftigt, das bestehende Doppelbesteuerungsabkommen grundlegend zu revidieren. Laut Medienmitteilung sollen Arbeitsgespräche noch in diesem Jahr aufgenommen werden.

Liechtenstein ist nach früheren Aussagen Tschütschers interessiert an einem umfassenden Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz, weil mit der Erhebung einer Quellensteuer von Schweizer Grenzgängern eine wichtige neue Einnahmequelle für die Staatskasse sprudeln könnte. Auf 20 bis 22 Millionen Franken werden die mutmasslichen Zusatzeinnahmen für das von Defiziten im Staatshaushalt geplagte Fürstentum beziffert. Weniger Begeisterung über diese Pläne herrscht in der schweizerischen Nachbarschaft. Nach einem Bericht des «Werdenberger & Obertoggenburger» was eine Delegation aus der Region Sarganserland-Werdenberg schon im Frühjahr 2012 bei Bundesrätin Widmer-Schlumpf vorgesprochen, um auf die negativen Auswirkungen der geplanten Quellensteuer für Schweizer Grenzgänger hinzuweisen.

Laut Medienmitteilung haben Widmer-Schlumpf und Tschütscher ferner vereinbart, Sondierungsgespräche zum Abschluss eines gegenseitigen Abgeltungssteuerabkommens aufzunehmen. Eine Abgeltungssteuer zwischen der Schweiz und Liechtenstein war bisher kein Thema der liechtensteinischen Politik, doch Tschütscher wird in der Medienmitteilung dahingehend zitiert, dass ein solches Abkommen mit der Schweiz «als geeignetes und effizientes Mittel für die Schaffung von Rechtssicherheit für die Besteuerung der Vergangenheit und der Zukunft» gesehen werde.